Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahme aller Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 107. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 8. Mai 1928

Carol rührt sich.

Ob es nun doch zu den schon lange erwarteten Auseinandersetzungen, zum Bürgerkrieg in Rumänien, darüber hinaus sogar zu einem Kampf um den Thron kommen wird? Nach dem Tode Bratianus, des mit eiserner Härte herrschenden Ministerpräsidenten, hatte zwischen den drei hauptsächlichsten Parteien, der Volkspartei, den Nationalliberalen, die als Regierungspartei zwei Drittel der Sitze im Abgeordnetenhaus innehatte, und der Bauernpartei eine Art Waffenstillstand geherrscht, weil es dem jetzigen Ministerpräsidenten, dem Bruder seines Vorgängers, gelang, die Bauernpartei mit Maniu als ihrem Führer durch allerhand Versprechungen vorläufig hinzuhalten. Sie ist die eigentliche Opposition, die, etwas sozialistisch angehaucht, nun aber anscheinend aufs Ganze gehen will.

Veranlassung dazu bot der Bauerntag, der in dem siebenbürgischen Karlsburg stattfand. Die Regierung wollte seine Abhaltung erst verbieten, gab dann aber nach; ebenso verbot sie in Bukarest eine Parallelkundgebung, um aber auch hier schließlich nachzugeben — offenbare Zeichen nicht gerade übermäßiger Stärke und Energie! Was sich nun aber in Karlsburg eigentlich abgespielt hat oder noch abspielen wird, ist angesichts der rücksichtslosen Nachrichtensperre — ein beliebtes Mittel jeder bisherigen rumänischen Regierung, die Wahrheit zu verschleiern! — nicht genau zu sagen; wenn der Berichterstatter einer englischen Zeitung von einer in Karlsburg beschlossenen Errichtung einer Bauernrepublik und gar von einem „Marsch auf Bukarest" spricht, so ist das Ausland kaum in der Lage, diese Meldung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Das wäre allerdings, wenn es richtig ist, der Bürgerkrieg. Aber eigentlich will Maniu ja bloß Neuwahlen zum Parlament erhalten oder erzwingen; denn er hofft, durch wirklich, aber wirklich unbeeinflußte Neuwahlen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erzielen. Andere Gerüchte erzählen von Sympathiekundgebungen des zahlreich aufgebotenen Militärs für die Bauern, aber auch von siegreichen Gefechten der Bauern gegen Militär und Polizei, durch die sie in ihrem Marsch nach Karlsburg aufgehalten wurden. Vorläufig ist aber über die ganze Lage ein wirklich zutreffendes Bild nicht zu gewinnen.

Außerdem ist für die Bukarester Regierung Bratianus noch eine neue Sorge dazugekommen: der in Paris wohnende Kronprinz Carol rührt sich. Er hat eine Proklamation „An mein Volk!" verfaßt und wollte diese durch Tausende von Flugblättern gerade am Sonntag ganz modern mit Hilfe von Flugzeugen über Rumänien herunterstreuen lassen. Es waren für diesen Zweck drei englische Flugzeuge von ihm gemietet worden, aber die englische Regierung hat diesen ganzen Plan durch Verbot des Abfluges zum Scheitern gebracht; denn zweifellos hätte die rumänische Regierung auf die Flugzeuge schießen lassen und das hätte die schönsten „Zwischenfälle" geben können. Auch mit der ungarischen Regierung scheint sich Carol in Verbindung gesetzt zu haben; sind doch die Ungarn Rumäniens bitterste Feinde und er kann sich hier eine bequeme Rückendeckung schaffen.

Kronprinz Carol.

In seiner Proklamation ist der Kronprinz nicht sparsam mit Versprechungen, unter denen einige wie die überaus notwendige Entpolitisierung der Armee und der Justiz, Neuwahlen, Stabilisierung der Währung, Pressefreiheit und eine vernünftige Minderheitenpolitik auch teilweise sich sehr eng mit Forderungen der Bauernpartei berühren. Aber unklar ist es, wie diese Partei sich zur Rückkehr Carols auf den Thron seines Vaters stellt. Maniu hat sich nach dieser Richtung hin die Hände bisher ganz frei gehalten; Carols Manifest sagt, daß er nur „auf den Ruf des Volkes" hin den Thron wieder besteigen wolle, — was durchaus nicht ausschließt, daß er durch alle ihm geeignet erscheinenden Mittel das Ertönen dieses Rufes beschleunigt! Averescu mit seiner Volkspartei befolgt aber auch die Taktik des Schweigens und vorsichtigen Abwartens.

So sieht es wieder einmal recht bunt aus in Rumänien, seit Bratianu ins Grab sank und der unmündige König politisch keine Rolle spielt, die Parteien sich schon lange mit Gewehr bei Fuß gegenüberstehen. Uns Deutsche interessiert hier in der Hauptsache dabei nur, welchen Einfluß dies alles auf das Schicksal unserer Volksgenossen im Banat und in Siebenbürgen haben wird. Bisher verfolgte Bratianu wie vorher Averescu dort nur eine unerbittliche Entdeutschungspolitik; sollte es Maniu glücken, zur Macht zu kommen, so kann es damit bestimmt nicht schlechter, nur besser werden. Aber in Rumänien ist es bisher immer noch ein besonders großer Schritt von den Versprechungen bis zu ihrer Ausführung gewesen und meist hat man ihn — nicht getan.

Bauernmarsch auf Bukarest

Drohende Bauernrevolte in Rumänien.

200 000 Bauern marschieren.

Der mit großer Spannung erwartete Kongreß der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg scheint zunächst wenigstens ruhig verlaufen zu sein. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der nachdrücklich dafür eingetreten wird, daß die Nationale Bauernpartei unter der Führung Manius an die Macht gelange. Weiterhin wird in der Entschließung die Liberale Partei und die allgemeine Politik der Regierung heftig angegriffen und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Zieles fortzusetzen. Die Entschließung weist außer der bereits aus ähnlichen Kundgebungen bekannten Eigenschaft, der gegen die Regierung gerichteten Propaganda, einen neuen Zug auf insofern, als an die Verbündeten und an den Völkerbund der Appell gerichtet wird, an einer günstigen Lösung der rumänischen Probleme mitzuhelfen; sie unterstreicht ferner, daß die Bauernpartei entschlossen sei, die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, und schließt mit der Feststellung, daß die nationale Einheit des Landes unzerstörbar sei.

Ähnliche Versammlungen wie in Karlsburg wurden in Krajova, Cernowitz, Jassy, Braila abgehalten, in denen gleiche Entschließungen angenommen wurden.

Im Anmarsch auf Rumäniens Hauptstadt.

Der Führer der Bauern, Maniu, ist nach Bukarest abgereist, um dort beim Regentschaftsrat um eine Audienz nachzusuchen, dem er die Karlsburger Entschließung vorlegen will.

Wie aus Bekescsaba von der rumänischen Grenze gemeldet wird, ist der aus Karlsburg kommende Eisenbahnzug dort mit einer einstündigen Verspätung angelangt. Die Reisenden bestätigen, daß die Versammlung der Rumänischen Bauernpartei in Karlsburg einen ruhigen Verlauf nahm und es zu keinerlei Zusammenstößen kam. Nach Schluß der Versammlung habe jedoch ein großer Teil der Menge beschlossen, nach Bukarest zu gehen und die Regierung mit Gewalt zum Rücktritt zu zwingen. Aus diesem Grunde habe die Polizei und die Gendarmerie die Stadt Karlsburg vollständig umzingelt, um den Weg nach Bukarest abzusperren. Auch die Zugverspätung sei auf die Absperrung der Stadt zurückzuführen.

Nach Blättermeldungen aus Wien und Budapest beträgt die Zahl der auf Bukarest marschierenden Bauern etwa 200 000. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bauernmacht sehr ernsthaft zu nehmen sei, denn am Schluß des Kongresses hätten sie einen feierlichen Eid geleistet, nicht eher zu ruhen, als bis die Bauern in Bukarest mit eigener Hand Ordnung geschaffen hätten. Die Telephonverbindung nach Bukarest war in den letzten Stunden öfter unterbunden, so daß sich bereits zahlreiche Gerüchte über Zusammenstöße mit Bauern und Gendarmerie, wobei es auch Tote und Verletzte gegeben haben soll, verbreiteten. Aus offizieller Bukarester Quelle werden allerdings alle derartigen Meldungen dementiert.

Standrecht über Bukarest?

Belgrad, 7. Mai. Nach Meldungen aus Bukarest sind sämtliche ausländischen Journalisten, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu und den Bauernmassen von Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, an die Grenze abgeschoben worden. Weitere Meldungen besagen, daß es in Bukarest zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Truppen seien in Bereitschaft und hätten alle nach Bukarest führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bukarest sei das Standrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, noch in letzter Stunde der Lage Herr zu werden. — Maniu, der gestern nachmittag im Automobil von Karlsburg nach Bukarest abfuhr, um dort die Beschlüsse des Landeskongresses dem Regentschaftsrat vorzulegen, ist von einer großen Schar seiner Anhänger auf 600 Lastautomobilen begleitet.

Der chinesisch-japanische Zwist.

China einig gegen Japan.

Nach den heftigen Zusammenstößen der letzten Tage, die geradezu als offene Schlacht aufgefaßt werden müssen, scheint in der Hauptstadt der Provinz Schantung, in Tsinanfu, wieder etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Die Japaner halten eine Abwehrstellung in einem Teile der Stadt besetzt, während die chinesischen Südtruppen sich nach wie vor äußerst angriffslustig gebärden. Es hat sogar den Anschein, als ob die feindlichen Brüder, der Norden und der Süden, angesichts des Eingreifens der Japaner, sich vereinbaren und gemeinsam gegen den verhaßten Eindringling wehren würden. Wenigstens lassen darauf die Sympathiekundgebungen des Nordens und eine Protestnote aus Peking, dem Sitz der Nordregierung, an die japanische Adresse schließen.

Das japanische Kabinett soll beschlossen haben, das gesamte Netz der Schantungbahn in japanische Militärverwaltung zu nehmen. Japanische Infanterieregimenter werden von Japan aus nach Tsingtau entsandt werden, um das Bahnnetz mit Garnisonen und Blockhäusern zu besetzen. 2000 Mann japanische Truppen werden nach Tientsin entsandt, um die dortige japanische Garnison zu verstärken. Jeden Augenblick kann eine Kriegserklärung entweder von japanischer oder chinesischer Seite erfolgen. Diese könnte den Anstoß geben zur Verbindung des gesamten Chinas. Man rechnet bereits mit der Möglichkeit der Einberufung einer Allchinesischen Nationalversammlung. Nur wird man als Folge der blutigen Zwischenfälle mit einem verstärkten Boykott japanischer Waren rechnen müssen, der den Export Japans empfindlich treffen wird.

Japaner und Chinesen melden natürlich, wie üblich, gleichermaßen von Greueltaten in Tsinanfu. Die Chinesen behaupten, daß japanische Soldaten den Fremdenkommissar und seinen Stab ermordeten und verstümmelten; die Japaner behaupten, daß die Chinesen japanische Frauen schändeten und ermordeten.

Nach einer der deutschen Gesandtschaft in Peking zugegangenen zuverlässigen Meldung befinden sich die deutschen Reichsangehörigen und der deutsche Konsul in Tsinanfu wohl. Das deutsche Hotel Stein ist geplündert worden. In Peking selbst ist alles ruhig.

„Über 1000 Personen getötet."

Der Oberkommandierende der südchinesischen Streitkräfte, General Tschangkaitschek, hat aus Tsinanfu, der Hauptstadt von Schantung, eine Erklärung nach Nanking übermitteln lassen, in der er feststellt, daß der britische und der amerikanische Konsul in Tsinanfu vermittelnd tätig sind und daß die Unterhandlungen Fortschritte machen. Tschangkaitschek führt zum Schluß seiner Erklärung aus: „Die japanischen Truppen haben uns ohne den geringsten Grund herausgefordert. Sie haben auf unsere Soldaten und die chinesische Zivilbevölkerung geschossen und über tausend Personen getötet. Die Böswilligkeit der Japaner und die von ihnen ausgeübte Bedrückung gehen über jede Beschreibung hinaus. Ich kann mich einer solchen Brutalisierung nicht beugen und ich wünsche die wohlüberlegte Brutalität der Japaner vor der ganzen Welt bloßzustellen."

Die Anleihepolitik des Reiches.

Erklärungen des Reichsfinanzministers Dr. Köhler.

In Baden hob Dr. Köhler die leitenden Gesichtspunkte des Reiches bei der Heranziehung von Auslandskapital hervor. Dabei sagte er u. a.:

Die rationelle Ausgabegebarung der öffentlichen Stellen unter strengster Beobachtung der Grundsätze der Sparsamkeit und Rentabilität ist wesentlicher Bestandteil der Verwaltungsreform, die die gesamte deutsche Öffentlichkeit gebieterisch fordert. Auf den gegenwärtig mit Erfolg beschrittenen Wegen äußerster Sparsamkeit muß daher fortgefahren, zugleich muß die Kenntnis über die Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften durch laufende Beschaffung geeigneten Zahlenmaterials und seine Veröffentlichung gesichert werden. Es ist, je näher wir der Zeit kommen, zu der die großen Fragen der Reparationsangelegenheit reifen, desto notwendiger für die Reichsregierung geworden, von sich aus die Politik zu bestimmen, die für die Hereinnahme von Auslandskapital öffentlicher Stellen eingehalten werden muß. Die jetzt vor dem Abschluß stehende Prüfung des

kommunalen Anleihebedarfs

durch die Beratungsstelle zeigt das hohe Maß von Verantwortung, die dem Reiche und den beteiligten öffentlichen Körperschaften gemeinsam zu tragen obliegt. Die Aufnahme der Verhandlungen durch die zunächst für die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF